

# Jugoslawien schlägt zurück

## Regierung wünscht Vertiefung der Handelsbeziehungen zum Westen

Belgrad/Washington (ap/dpa). Ein jugoslawischer Regierungssprecher hat in Belgrad dem Wunsch seiner Regierung nach Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen, insbesondere zu den USA, Ausdruck gegeben. Das geschah zur selben Zeit, als der amerikanische Senat sich gegen einen Vorschlag ausgesprochen hat, die Vollmachten des Präsidenten so zu erweitern, daß die Vereinigten Staaten im Rahmen des Gesetzes über die gemeinsame Sicherheit auch den Satellitenländern des Ostblocks Wirtschaftshilfe gewähren können.

Der Belgrader Regierungssprecher wies die „unverschämten Angriffe Chinas und der Sowjetunion auf die Führer Jugoslawiens“ mit Entrüstung zurück. Er zweifle die Glaubwürdigkeit der Erklärungen Chruschtschows in internationalen Angelegenheiten an und sprach der Sowjetunion das Recht ab, Jugoslawien Vorschriften über seine Wirtschaftsbeziehungen „zu kapitalistischen Staaten“ machen zu wollen. Entgegen allen Abmachungen werde unter dem Deckmantel eines ideologischen Konfliktes ein politischer und wirtschaftlicher Druck auf Jugoslawien ausgeübt. Abschließend teilte der Sprecher mit, daß Außenminister Popovic noch in diesem Jahr den Besuch des britischen Außenministers Lloyd erwidert.

### „Kominformisten“ festgenommen

Gleichzeitig verlautete in Belgrad, daß in den letzten Tagen eine Anzahl sowjetisch orientierter Personen festgenommen worden sei. Es soll sich um sog. Kominformisten handeln, die bereits 1948 zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Gleichzeitig wurde bekannt, daß in den letzten Tagen „prosovjetsche“ Jugoslawen nach Bulgarien geflohen sind, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen.

Bemerkenswert ist ein Artikel des jugoslawischen KP-Organ „Borba“. Darin heißt es: „Wieder einmal hat der

Osten die Stärke der jugoslawischen Unabhängigkeit unterschätzt. Jugoslawien steht immer noch da, wo es schon früher gestanden hat. In der Ausrichtung unserer Außenpolitik gibt es keine prinzipiellen Änderungen. Nur derjenige, der das begreift, kann mit Jugoslawien aufrichtige und konstruktive Beziehungen herstellen und sich dabei selbst vor irrtümlichen Einschätzungen bewahren.“

### Dulles zur Lage

Der amerikanische Außenminister Dulles begrüßte grundsätzlich die Zustimmung der Sowjetunion zu einer möglichen Neutralisierung der Antarktis. Vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß äußerte er jedoch Zweifel, ob eine Gipfelkonferenz im Augenblick etwas Konstruktives erreichen könne. Der kommunistische Block, meinte Dulles, befinde sich in mancher Hinsicht in Schwierigkeiten. Moskau werde entweder den osteuropäischen Satellitenstaaten größere Unabhängigkeit gewähren oder zum stalinistischen Terror zurückkehren müssen. Dabei sei jedoch die Gefahr groß, daß es zu Unruhen komme.

### Guter Rat an Moskau

In seinen Ausführungen vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß äußerte sich Dulles auch zur Deutschlandfrage. Er bezeichnete es als nicht weise, die Bundesrepublik und die

Sowjetzone zu vereinigen, wenn dies zu einem Deutschland ohne Beziehungen zum westlichen Bündnis führen würde. Wörtlich sagte er: „Ich glaube, daß ein neutrales und bündnisfreies Deutschland in der Mitte Europas eine beinahe unwiderstehliche Versuchung sein würde, eine Seite gegen die andere auszuspielen. Das würde eine sehr gefährliche Lage nicht nur für den Westen, sondern auch für die Sowjetunion und für die Deutschen selbst ergeben.“ Dulles sagte, er habe diese Ansicht wiederholt der Sowjetunion gegenüber vertreten und versucht, ihr klarzumachen, daß es im sowjetischen Interesse liegt, wenn Deutschland zum Westen gehört.

### Atomkraftwerk in Betrieb

Shippingport, Pennsylvania (ap). Über eine elektrische Fernauslösvorrichtung hat Präsident Eisenhower von Washington aus im rund 350 Kilometer entfernten Shippingport das Hauptventil des elektrischen Turbinen-Generators im ersten Atom-Großkraftwerk der Welt geöffnet. In seiner Eröffnungsansprache stellte der amerikanische Präsident fest, daß „dieses Werk einen Begriff davon gibt, was in Amerika und auf der ganzen Welt getan werden kann, um die Atomkraft zum Nutzen der Menschheit und nicht zu ihrer Zerstörung“ zu verwenden, und fügte hinzu: „Dieses Werk gibt der Hoffnung unseres Volkes Ausdruck, daß die Atomkraft eine ganz neue Welt friedlicher Entwicklung erschließe, daß sie die Bürden der Menschheit erleichtern und dem menschlichen Dasein neue Kräfte verleihen kann.“

## In einer anderen Welt

K. W. B. Es ist still geworden um das Unternehmen Gipfelkonferenz. Auch die Kontroverse um das Wie der Vorbereitungen ist ausgesetzt. Wohl wurde die sowjetische Methode, statt der gemeinsamen diplomatischen Besprechungen den westlichen Botschaftern Einzelaudienzen im Kreml aufzunützen, noch bis in die letzten Tage hinein angewandt, aber diese Besprechungen waren und sind weit von mancher westlichen Hoffnung entfernt, mit ihnen kehre Moskau von der Diplomatie der Straße zur echten Diplomatie der Gespräche zurück. Der Eindruck verstärkt sich, daß Chruschow — gegenwärtig jedenfalls — eine Konferenz, wie sie der Westen begrüßen würde, überhaupt nicht mehr wünscht.

Nun galt und gilt diese Abneigung aus Moskau einem Westen, der als geschlossene Einheit zu handeln und zu verhandeln sich angewöhnt hatte. Der sowjetische Versuch, an einen solchen Verhandlungstisch auch Partner zu bringen, die aus der politischen Vollmacht der Sowjetunion leben, war nur eine von vielen Absichten, mit denen die westliche Gemeinsamkeit aufgesplittert und neutralisiert werden sollte. Eine andere bestand darin, in einem der drei Mitgliedstaaten doch einmal einen Partner oder mindestens einen labileren Faktor zu finden. Das östliche Werben um Frankreich zieht sich als ein roter Faden durch die ganze Geschichte der Nachkriegspolitik.

Wenn Moskau Frankreich nicht zu sich hinüberziehen konnte, wußte es immerhin doch, daß das von Amerika besonders geliebte Land dennoch keineswegs die stabilste Position in der amerikanisch-europäischen Gemeinschaft bezog. Seit de Gaulle Ministerpräsident ist, hält der Kreml nun offenkundig den Atem an. Man darf sich nicht durch die Sprache der Propaganda irren machen lassen, wenn er die

Sowjetunion vorgelagerten Zeltungen in den Krieg der Schlagworte gegen de Gaulle schickt. Der Kreml selbst bewahrte aufmerksames Schweigen. Er vertagte aber jede diplomatisch-politische Bemühung, die zwischen ihm und dem Westen spielt. Mochten seine fünften Kolonnen und seine Propaganda-Kompanien die gleichen schrillen Melodien von Faschismus, Chauvinismus und Militarismus gegen de Gaulle spielen — er begann statt dessen zu prüfen, ob nicht mit dem Regime de Gaulle tatsächlich zum erstmaligen langgesuchte Chance einer Partnerschaft mit Frankreich heranwachsen könnte.

Sehr gern registrierte man in Moskau die Skepsis, mit der viele westliche Kritiker den General an die Spitze der französischen Verantwortung rückten sahen. Die Zweifel, die von dort de Gaulle begleiteten, sind in Moskaus Augen Vorzüge. Man ließ sich sagen, daß der General kein großer Freund der NATO sei, und man hörte von seiner Distanz zu allen europäischen Gemeinschaftsinstitutionen, die inzwischen die europäischen Staaten so vielfältig miteinander verflechten. Vor allem glaubte man, mit de Gaulle einen Mann auf der französischen Kommandobrücke, der die mannigfachen französischen Sentiments gegen Amerika zu einer politischen Aktion oder mindestens zu einer politischen Haltung würde konzentrieren können. Der General de Gaulle schien Moskau ein Frankreich zu bringen, das den Weg zurück ins nationalstaatliche Denken antreten könnte, wie kein anderer. Diesem Weg zurück aber möchte Moskau alle seine Gunst zuwenden: Nicht, weil es die Isolierung der Nationalstaaten für die beste Politik hält, sondern weil es in ihr endlich einen erfolgreichen Weg zur Zerstörung der westlichen Gemeinschaft eröffnete sähe.

Wäre de Gaulles politische Physiognomie so, wie sie im Kreml gesehen und erhofft wird, dann stünden wir freilich vor einer Revolution. Der Westen hörte auf, der Westen

zu sein; denn ein Frankreich, das aus ihm aussicherte, nähme dem Westen seine Mitte. Nicht nur die äußeren Nervenstränge Europas, die heute in Frankreich liegen und durch dieses Land ziehen, wären zerrissen und müßten das Ganze gefährden und unsicher machen, sondern für das weit vorgeschobene westliche Fundament Deutschland entstünde dann eine tödliche Situation. Doch dieses Frankreich mag eine Wunschvorstellung Moskaus sein, die ihre Erwartungen aus der Legende von Mentalität und politischem Mythos de Gaulles schöpft. Inzwischen ist der General eine knappe Woche Frankreichs Regierungschef. Und wenn auch diese Tage überdeckt sind von Girlanden und Zwischenrufen, von Jubel und ersten Enttäuschungen, so scheint sich doch schon eines abzuzeichnen: Das Frankreich, das der Kreml suchen könnte, wird ihm auch de Gaulle nicht präsentieren.

Man muß deshalb an der Um-sicht, mit der de Gaulle Mollet, Pinay und Pflimlin zu sich berief, mehr als eine bloße politische Taktik sehen. Hier zeichnen sich vielleicht die ersten Umriss einer Politik ab, die wohl Frankreich meint, aber das Frankreich in jenem gewachsenen westlichen Einheitsverband, in den es die europäische Politik der früheren französischen Regierungen trotz vieler Widerstände und Kontroversen hineinentwickelt hatte.

## Walter Freitag gestorben

Düsseldorf (dpa). Der DGB-Vorsitzende von 1952 bis 1956, Walter Freitag, ist im Alter von 63 Jahren in seinem Heim in Herdecke an der Ruhr unerwartet gestorben. Todesursache waren die Folgen eines Schlaganfalles. Der DGB-Bundesvorstand würdigt in einem Nachruf die großen Verdienste Walter Freitags. Sein ganzes Leben sei den menschlichen und gewerkschaftlichen Aufgaben verbunden gewesen. Er habe große Opfer für seine Auffassung und für seine Tätigkeit gebracht, im KZ gesessen und schwer gelitten.

# Berlin appelliert an die UN

## SED-Behörden verletzen Menschenrechte — Prüfung vorgeschlagen

Berlin (Eigenbericht). In einem Schreiben an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat Berlins Regierender Bürgermeister Brandt die Behörden der Sowjetzone beschuldigt, die Grundfreiheiten und allgemeinen Menschenrechte, wie sie in der UN-Charta und in der Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 niedergelegt sind, grüßlich zu verletzen. Brandt beruft sich in seinem Schreiben auf Artikel 1 Ziffer 3 der UN-Charta, in der sich die Vereinten Nationen u. a. das Ziel gesetzt haben, die Achtung der Menschenrechte und die Grundlage der Freiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu unterstützen und zu fördern.

Insbesondere werde durch die Behörden der „DDR“ das in Artikel 13 der Deklaration der Menschenrechte verankerte Grundrecht auf Freizügigkeit mißachtet. „Zwischen Berlin und dem Gebiet der ‚DDR‘ ist die Freizügigkeit nicht mehr gegeben.“ Seit dem 28. Mai 1952 könnten die Einwohner Westberlins nur noch dann in das Gebiet der „DDR“ einreisen, wenn ihnen ein Passierschein ausgehändigt wird. In jüngster Zeit erhielten Westberliner derartige Passierscheine nur noch in Ausnahmefällen. Brandt führt vier Zonensätze auf, nach denen die Zonenbehörden bei der Prüfung von Einreiseanträgen verfahren:

1. Die Einreise zum Besuch von nächsten Familienangehörigen wie Kindern, Eltern, Großeltern werde nur bei Vorliegen eines „triftigen Grundes“ genehmigt. Ein „triftiger Grund“ werde von den Behörden der „DDR“ in der Regel selbst dann verneint, wenn Feiertage oder Familienfeste Anlaß für die erbetene Einreise genehmigung sind.

2. Eine Einreise genehmigung zum Besuch von Freunden oder entfernten Verwandten werde überhaupt nicht erteilt.

3. Die Einreise genehmigung werde in der Regel nur erteilt, wenn der Antragsteller zur Beerdigung eines nahen Familienangehörigen oder zum Besuch eines lebensgefährlich erkrankten Familienangehörigen fahren will. Die Genehmigung sei jedoch auch dann zeitlich begrenzt.

4. Die Bürger Westberlins könnten in die in unmittelbarer Nähe der Stadt liegenden Friedhöfe, auf denen Tausende ihrer

Angehörigen begraben liegen, nur an zwei besonders bestimmten Feiertagen besuchen.

Brandt erwähnt auch, daß etwa 40 000 Westberliner, denen Kleingärten mit mehr oder minder ausgebauten Wochenendhäuschen in der unmittelbaren Nähe Berlins gehören, durch die Einreisesperre betroffen seien. Seit dem 1. Juli 1952 könnten diese Westberli-

ner, bei denen es sich in der überwiegenden Mehrzahl um Angehörige der unteren und mittleren Einkommensschichten handelt, ihre Grundstücke nicht mehr betreten.

Brandt weist die Behauptung der Zonenstellen, daß man sich gegen „Agenten“ schützen müsse, zurück. Dies sei eine Ausflucht zur Verschleierung des Tatbestandes. Es lägen zahlreiche Unterlagen vor, zu welchen menschlichen Härten, ja menschlichen Tragödien die Maßnahmen der Zonenbehörden bereits geführt haben. Das Schreiben schließt mit dem Angebot, jederzeit Beauftragte der „Commission of Human Rights“ willkommen zu heißen, falls der Wunsch besteht, die vorgetragenen Argumente an Ort und Stelle zu überprüfen.

## Unvorstellbare Gewissennot

### Exil-CDU fordert stärkere Anteilnahme der Welt

Bonn (ap). Der Hauptvorstand der Exil-CDU betont in einer Entscheidung, daß die tragische Vertiefung der deutschen Spaltung durch das System Ulbricht stärker noch als bisher die Aufmerksamkeit und Anteilnahme der Welt finden sollte. Der Kampf gegen Kirche und Christentum in der Sowjetzone bringe die Menschen in eine unvorstellbare Gewissens- und Existenznot. Die Bundesregierung sollte in einer systematischen Aktion aller Länder, mit denen sie in diplomatischen Beziehungen stehe, auf diese Vorgänge und auf die Gefahren, die damit für den allgemeinen Frieden verbunden seien, aufmerksam machen.

In der Resolution, die auf einer Tagung in Königswinter unter dem Vorsitz von Bundesminister Ernst Lemmer gefaßt wurde, erklärte der Vorstand der Exil-CDU zu Erörterungen über die staatliche Zukunft Gesamtdeutschlands in Verbindung mit dem sogenannten Fall Weniger/Görgen mit äußerster Entschiedenheit, daß die Forderung nach Wiedervereinigung zu einem einzigen deutschen Staat

unabdingbar sei. Es sei nicht Sache irgendwelcher Einzelgänger, sondern des deutschen Volkes selbst, zu gegebener Zeit in Freiheit über seine staatliche Ordnung zu entscheiden.

### Intellektuelle unerwünscht

Berlin (dpa). Zu erregten Szenen kam es vor dem Ostberliner „Haus der Ministerien“, als einer größeren Zahl von Angehörigen der Intelligenz der Zutritt zu einem Ausspracheabend mit Ministerpräsident Grotewohl verwehrt wurde. Die Intellektuellen, unter denen sich auch SED-Mitglieder befanden, waren auf Grund von Ankündigungen in der Presse und im Ostberliner Rundfunk gekommen, um einen Vortrag Grotewohls über „Die Rolle der Intelligenz beim Aufbau des Sozialismus“ zu hören. Erst an Ort und Stelle erfuhren sie, daß nur besonders Eingeladene Zutritt hatten. „So sieht also die Zusammenarbeit mit der Intelligenz aus, von der so viel geredet wird“, entrüstete sich ein älterer Professor. SED-Angehörige verwiesen die Protestierenden schließlich an die Ostberliner Bezirksleitung des „Kulturbundes“.

# Adenauer trifft de Gaulle

## Ergebnis des Gesprächs mit dem neuen französischen Außenminister

Bonn (Eigenbericht). „Wir sind überzeugt, daß die jüngste Entwicklung in Frankreich weder die deutsch-französische Zusammenarbeit noch das gemeinsame Wirken in den Paktsystemen der NATO, der WEU und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erschweren wird“, erklärte Bundesaußenminister von Brentano nach dem Abschiedsbesuch des bisherigen französischen Botschafters in Bonn, Couve de Murville, bei Bundeskanzler Dr. Adenauer. Brentano teilte mit, man sei sich bei der Zusammenkunft mit dem neuen französischen Außenminister darüber einig gewesen, daß eine baldige Begegnung des deutschen Regierungschefs mit Ministerpräsident de Gaulle wünschenswert sei. Ein Termin für ein solches Treffen ist jedoch noch nicht vereinbart worden.

Der Bundeskanzler gab Couve de Murville im Anschluß an das vorausgegangene längere Gespräch ein Abschiedsfrühstück, an dem auch Bundeswirtschaftsminister Erhard, Verteidigungsminister Strauß und Bundesratsminister von Merkatz teilnahmen. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Leitung der französischen Außenpolitik in den Händen eines so guten Kenners der deutschen Verhältnisse und eines Freundes Deutschlands liegen werde, der zugleich die europäische und atlantische Zusammenarbeit aus langer, eigener Tätigkeit kenne. Couve de Murville erwiderte wörtlich: „Ich darf Ihnen versichern, daß ich auf meinem neuen Posten genauso für die deutsch-französischen Beziehungen und für die Verträge, die uns binden, einstehe werde

wie hier in Bonn. Ich habe nicht die Absicht, gewissen Befürchtungen, durch eine Erklärung entgegenzutreten: Unser Wirken selbst ist das beste Pfand unserer Politik.“

Die Beunruhigung über die französische Krise in Deutschland führte der französische Außenminister auf das Solidaritätsgefühl zurück, das die deutsche Bevölkerung zu Frankreich empfindet. In der Bundesrepublik fühle man offensichtlich, wie wichtig die Entwicklung in beiden Ländern für ihr gegenseitiges Verhältnis sei.

Couve de Murville hat in der Unterredung, wie verlautet, darauf hingewiesen, daß die französische Regierung sich zunächst den inneren Problemen ihres Landes widmen müsse, und dafür um das Verständnis

der Bundesregierung gebeten. Wie Brentano später vor der Presse mitteilte, hat der Minister vorerst weder eine deutsche Finanzhilfe erbeten noch eine Verlangsamung des Tempos der Verwirklichung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft befürwortet. Brentano vertrat aber die Ansicht, daß Frankreich von gewissen Möglichkeiten des Vertragswerkes mit Rücksicht auf seine inneren Schwierigkeiten Gebrauch machen werde.

## Einmalige „Lili Marlen“

Karlsruhe (Eigenbericht). Lale Andersens großer Erfolgsschlag „Lili Marlen“ hat einen Komponisten angeregt, sich des gleichen Themas anzunehmen und auf seine Weise zu bearbeiten. Aus der wohlvertrauten Weise von dem „Mädchen an der Laterne vor dem großen Tor“ wurde ein flottes Marschlied mit dem Titel „Auf Wiederseh'n Marlen“.

Der Bundesgerichtshof mußte kürzlich entscheiden, ob diese „Bearbeitung“ des Themas eine Verletzung des Urheberrechts darstellt. Dies verneinten die Bundesrichter grundsätzlich. Selbst wenn der Name der „Mittelpunktsfigur“ eines Liedtextes (hier Lili Marlen) mit einem bekannten Lied übereinstimme und auch sonst eine „Inhaltsanlehnung“ festzustellen sei, werde dann nicht in das Urheberrecht des Verfassers des älteren Liedes eingegriffen, wenn das neue Lied „nach Stimmungsgehalt und Formgebung derart eigene Wege gehe, daß demgegenüber die dem vorbekannten Lied entlehnten Züge weitgehend zurücktreten“. Dennoch aber verboten die Bundesrichter eine Vervielfältigung und gewerbsmäßige Verbreitung des neuen Marschliedes, „wenn und insoweit in ihm der Name Marlen oder Lili Marlen im Text oder Titel enthalten ist“.

Der Bundesgerichtshof sah in der „Anknüpfung“ an den Kriegsschlager, der Lale Andersens so großen Ruhm einbrachte, einen Wettbewerbsverstoß.

## Abfangjäger weiterhin alarmbereit

Täglich 58 Maschinen über der Arktis — 13 aus der UdSSR

Atlantic City (ap). Der stellvertretende amerikanische Luftwaffenabschef Generalleutnant Tunner teilte in Atlantic City (New Jersey) mit, daß sowjetische Flugzeuge täglich in der Reichweite der USA-Radarstationen in der Arktis flögen. Amerikanische Abfangjäger seien jedoch stets alarmbereit, um gegebenenfalls einen Einflug fremder Flugzeuge zu verhindern.

Wie der General erläuterte, werden täglich etwa 58 unbekannte Flugzeuge von der nördlichsten Warnkette und anderen Radargeräten erfaßt. 33 davon wurden meist umgehend als Privatflugzeuge identifiziert, de-

ren Flugpläne nicht gemeldet worden seien. Jäger stellten dann durchschnittlich weitere zwölf als Privat-, Verkehrs- oder Militärmaschinen befreundeter Staaten fest, so daß insgesamt dreizehn festgestellte Flugzeuge unbekannt blieben.

Sofern die Beobachtung im südlicheren Teil des Warnnetzes gemacht worden sei, handele es sich dabei meist ebenfalls um Privatmaschinen, die landeten und so nicht mehr gestellt werden könnten. Im arktischen Grenzgebiet jedoch könne über die Identität der betreffenden Maschinen kein Zweifel bestehen, zumal ihr Kurs verfolgt werden könne, bis sie aus der Reichweite der Geräte flögen.

# Enttäuschung über neue Preise

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht). Der von der SED verbreitete Optimismus über die Verbilligung der Waren, über die Erhöhung des Volkseinkommens um 2,8 Milliarden und die in falscher Optik dargestellten Preisänderungen hatten für die mitteldeutsche Bevölkerung eine gefährliche Nebenwirkung. Viele dachten, sie könnten nun mehr kaufen und endlich besser leben als zur Zeit der Lebensmittelkarten. Tatsächlich sind aber die Lohn- und Rentenzuschläge nur ein Preisausgleich.

### HALLE

Die neue Rechnung: Ein Arbeiter aus der Brikettfabrik Ammendorf, der bisher 380 DM ausgezahlt bekommen hat, erhält jetzt 479 DM. Die 99 DM, die als Höchstzuschlag anzusehen sind, setzen sich zusammen aus: 14 DM Lohnausgleich für erhöhte Preise, 5 DM Ehegattenzuschlag, 80 DM Kindergeld für vier Kinder. Für sechs Personen benötigt der Arbeiter aber mehr als 99 DM im Monat, um die neuen Preise auszugleichen. Allein bei Milch beträgt die Mehrausgabe über 24 DM pro Monat. Man spricht jedoch von einer besseren Sonderregelung für Kindermilch.

Rosinen, Kakao und Butter sind oft ausverkauft. Die Waren reichen bisweilen nicht. Trotzdem ist es zu keiner Krise gekommen. Manche Hausfrau, die in ihrem Leben noch niemals ohne Lebensmittelkarten eingekauft hat, sagte: „Die neuen Preise haben viele getäuscht und zu Mehrkäufen angeregt, aber man soll erst einmal bis Monatsende abwarten, was dann übrigbleibt.“ Schlangen gibt es in Halle nur bei Mangelwaren. Südrüchte fehlen oft. Engpässe gibt es bei Bohnenkaffee und Butter und Milch. Vor allem aber hapert es an der guten Verpackung und an der regelmäßigen Warenversorgung. Aber im großen und ganzen ist der Wegfall der Lebensmittelkarten zu begrüßen. In Zukunft wird es deshalb wichtiger sein, an Stelle eines halben Pfundes

Margarine ein heiteres Buch in die Zone zu schicken.

### ZWICKAU

Rundantenne gegen SED-Spione. Nicht weit von Löbau liegt Zwickau. Im Steinkohlrevier haben die Bergarbeiter viel Geld. Darum wurden zum Einkauf von Fernsehgeräten „Berechtigungsscheine“ ausgeben. Dazu erforderlich ist eine Befürwortung des Betriebs über die einwandfreie gesellschaftliche Haltung, eine Bescheinigung des FDGB und evtl. eine Vorrang-Bestätigung. Dann kommen die Fernseh-Apparat-Anwärter auf eine Einkaufsliste und werden vorgemerkt. Wer sich besonders eifrig an Aufbauschichten und Landsontagen beteiligt, hat Aussicht auf eine schnellere Belieferung. Der Preis eines Fernsehapparates mit Anlage liegt zwischen 2500 und 3000 Ostmark. Der neueste Trick der Fernsehapparat-Besitzer in Mitteldeutschland sind Rundantennen, denen man nicht ansehen kann, ob sie Richtung Westen oder Richtung Osten stehen. „Bei uns sieht man nur Westprogramme“, sagte ein Ingenieur aus dem Zwickauer Steinkohlgebiet. Und er fügte hinzu, „selbst wenn es schlechter ist, sind die Leute so besessen, daß sie es dem Zonenprogramm vorziehen. Es gibt in der Zone viel mehr Fernseher als im Westen.“

Patenschaften zur Kindesweih. Die Betriebszeitung „Die Grubenlampe“, Zwickau, nennt die Feiern zur Namensgebung „Kindesweih“ und fordert die Angehörigen auf, als Zeichen der Dankbarkeit zum SED-Staat sollen sie das Kind eines westdeutschen „Friedenskämpfers“ für die Dauer seiner Inhaftierung aufnehmen.

### LÖBAU

„Nur für Kunden, die wir kennen“ hieß es im VEB Buntweberei und Färberei Neugersdorf, als eine Arbeiterin aus der Musterstube des Betriebes Apfelsinen kaufen wollte. Sie hatte keine „Mangelwarenkarte“ und wurde nicht beliefert. Nach der Zahlung der neuen Lohnzu-

schläge wurde so sehr gekauft, daß die Waren in kurzer Zeit ausverkauft wurden. „Das ist eine gefährliche Täuschung“, sagten Arbeiter des Betriebes, „wir haben mehr in der Lohnütte und können nur das gleiche wie bisher oder gar weniger dafür kaufen.“

Ein offenes Wort. „Ich kann mich mit der Diktatur nicht abfinden“, schrieb ein beherzter Arbeiter an die Betriebszeitung „Der Buntspecht“ und fügte hinzu: „Die persönliche und geistige Freiheit betrachte ich als das höchste Gut des Menschen.“ Ihm wurde nahegelegt, er solle endlich den Charakter und das Wesen der DDR begreifen. Die Diktatur des Proletariats bringe den befreienden Sozialismus.

### STRALSUND

Jugendliche der Volkswerft Stralsund weigerten sich, anlässlich einer Demonstration die rote Fahne zu tragen. Daraufhin erklärte ein Staatsfunktionär, die Jugendlichen müßten ihre blaue FDJ-Fahne künftig mit der roten Fahne der Arbeiterklasse tauschen. Als ideologische Schwäche wird die schlechte Haltung in der Beitragszahlung ausgelegt. Jeder Dritte zahlt keinen Beitrag. Und Jugendfreunde würden unter fadenscheinigen Gründen ihre freiwillige Meldung zur Volkarmee wieder zurückziehen.

Kuraufenthalte sind echte Errungenschaften. Ein paar Dutzend Arbeiter aus dem Bezirk Rostock wurden zu Kuraufenthalten nach Suderode (Harz) oder nach Bad Elster geschickt. Wenn es auch dort etwas nach Massenbetrieb aussieht, so darf nicht übersehen werden, daß die Arbeiter der Werft diese Kuren begrüßen und sie als eine Art Errungenschaften betrachten. Verschwiegen wird von der SED-Presse jedoch die Tatsache, daß es auch im Bundesgebiet für kranke Arbeitnehmer Kuraufenthalte gibt.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

## Die Kirche fragt Pankow

R. Berlin (Eigenbericht). Unter der gewölbten Decke des Festsaals im Spandauer Johannisstift brodelte nicht die Spannung wie vor fünf Wochen. Damals trat dort die Gesamtdeutsche Synode aller evangelischen Landeskirchen Deutschlands zusammen. Diesmal waren es die lutherischen Landeskirchen, sieben aus dem Bundesgebiet, drei aus Mitteldeutschland, die sich zur Synode zusammenfanden. Aber die gleiche Frage bewegte alle Beteiligten aus Ost und West. Es ist die Frage, ob ein Christ in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik noch als vollberechtigter Bürger leben kann. Bischof Dibelius hat sie für die Gesamtheit der evangelischen Christen gestellt, sein Stellvertreter Bischof Lilje für den größten Zusammenschluß innerhalb der EKD, zu dem in Mitteldeutschland Thüringen, Sachsen und Mecklenburg gehören. Eine Antwort aus Pankow hat es bisher nicht gegeben, jedenfalls keine ohne „Hörner und Klauen“, wie Luther gesagt haben würde.

Die Mitteilung des sowjetzonalen Ministerpräsidenten Grotewohl, man wolle in Zukunft nur noch mit „Bürgern der DDR“ auch auf kirchlichem Gebiet verhandeln, ist nur ein geschickt gewählter Schachzug. Bischof Lilje hatte recht, als er hierzu feststellte, daß organisatorische Folgerungen für die evangelische Kirche daraus noch nicht gezogen worden seien — weder staatlich noch kirchlich.

Aber die Gefahr der Spaltung auch dieser letzten gesamtdeutschen Institution dümmert herauf. Nur möchte das SED-Regime diese Konsequenz sowohl für die evangelische wie für die katholische Kirche den Christen zuschieben. Das geschieht unter sehr fadenscheinigen Vorwänden. In beiden Fällen muß die Frage der Atombewaffnung herhalten. Man tut in Pankow so, als verfügte der eigene Schirmherr, die Sowjetunion, nicht über das gesamte Register dieser fürchterlichen Waffe; als hinge das Heil der Welt und ihr Frieden allein von der Frage der Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen ab, und als hätten die evange-

lische und die katholische Kirche für die Massenvernichtungsmittel entgegen unmißverständlichen Äußerungen aller Christen dadurch Stellung bezogen, daß sie die westdeutschen Soldaten nicht der seelsorgerischen Betreuung entraten ließen. Eins steht jedenfalls fest: daß die sogenannte Nationale Volksarmee ihren einzelnen Soldaten nicht einmal die Bibel im Spind erlaubt.

Der atheistische Staat, nicht nur die gottlos vereidigte SED, wird alsbald Farbe bekennen müssen. Er wird mitteilen müs-

sen, ob er den bewußten Christen noch als einen uneingeschränkten Bürger seines Machtbereichs anerkenne. Alle bisherigen Taten dieses Regimes sprechen dagegen; in der Schule, in der Erziehung überhaupt, an der Universität und in der sozialen Bewertung des einzelnen. Darum war über alle gewichtigen Einzelfragen hinaus auch diese lutherische Synode ein Sprachrohr der Christen in der gesamten Welt. Ihr leitender Bischof Lilje hat es mit einer vollmächtigen Warnung ausgedrückt. „Wer gegen die Gemeinde des Herrn die Hand erhebt, wird erfahren, daß Gott eingreift.“

## USA wollen verhandeln

### Dulles über die Freilassung der Hubschrauber-Besatzung

Washington / Berlin (ap/dpa). Außenminister Dulles hat auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz angekündigt, daß die USA notfalls direkte Verhandlungen mit der Pankower Regierung aufnehmen werden, um eine Freilassung der neun in einem Armeehubschrauber bei Chemnitz notgelandeten amerikanischen Soldaten zu erreichen. Dies bedeutet jedoch, so betonte Dulles, keine Anerkennung der „DDR“. Der Außenminister erinnerte daran, daß die USA in der Vergangenheit auch mit Rotchina direkt verhandelt hät-

ten, um die Freilassung mehrerer von den Rotchinesen gefangen genommener amerikanischer Flieger zu erreichen. Auch in diesem Fall sei die rotchinesische Regierung nicht anerkannt worden.

### Wenig Aussichten

Die Aussichten auf eine baldige Freilassung der neun amerikanischen Soldaten sind zur Zeit sehr gering. Dies ergaben Erkundigungen der Deutschen Presse-Agentur bei sowjetischen und sowjetzonalen Behörden.

## Mondrakete im August?

### Amerikanische Pläne nehmen Gestalt an

Milwaukee (ap). Die amerikanische Luftwaffe wird noch im August eine Rakete nach dem Mond abfeuern, wie der Leiter der Forschungs- und Entwicklungs-Abteilung der US-Luftwaffe, Generalleutnant Anderson in Milwaukee bekanntgab. Die geplante Mondrakete werde drei Stufen besitzen und für die Fahrt zum Mond voraussichtlich zweieinhalb Tage benötigen. Hierzu werde eine entsprechend modifizierte „Thor“-Rakete verwendet werden. Selbst wenn die abgeschossenen Raketen nicht auf dem Mond aufschlugen, sagte der General, stellten sie trotzdem „wirklich interessante wissenschaftliche Satelliten“ dar,

weil sie tief in den Weltraum vorstießen und möglicherweise eine Art Achterbahn um Mond und Erde ziehen könnten. Es sei beabsichtigt, in diesem Jahr noch insgesamt drei Mondraketen abzufeuern.

## Sowjetische „Liebesgaben“

Odessa (dpa). Ein sowjetisches Frachtschiff ist mit Geschenken für notleidende algerische Flüchtlinge aus dem Schwarzmeerhafen Odessa nach Tunesien ausgelaufen. Nach einer TASS-Meldung sind 50 Tonnen Zucker, etwa 50 000 Dosen Büchsenmilch und 20 Tonnen Seife an Bord.

## Die Lüge um Kolberg

Polnischer Bäderdirektor prangert Phantasieberichte an

D. Berlin (Eigenbericht). Wahrheitsliebe bewies der polnische Bäderdirektor E. O. Morawski, als er kürzlich über Radio Gdingen eine Stellungnahme zu den Verhältnissen in Kolberg gab, Morawski, der für alle Bäder und Kurorte im polnischen Machtbereich zuständig ist, kritisierte dabei verschiedene Zeitungen seines Landes, die offiziöse polnische Nachrichtenagentur PAP und die deutschsprachige „Arbeiterstimme“. Er warf der Presse „schönfärberische Zukunftsberichte“ vor, „die von einem geradezu gigantischen Wiederaufbau in Kolberg sprechen und verschweigen, daß in Wirklichkeit die Zustände in dieser zerstörtesten Stadt an der Ostseeküste von grauenhafter Tragik sind“.

### Warum nicht Mondrakete?

So habe PAP gemeldet, Kolberg werde von 1958 bis 1960 wiederaufgebaut. „Tatsächlich ist das jedoch nur ein Plan von vielen, für dessen Verwirklichung nicht mehr Aussichten bestehen als für die Hoffnung, Polen werde die erste Rakete zum Mond schießen“, sagte Morawski dazu. Aufgabe von PAP wäre es gewesen, die wahren Verhältnisse zu schildern und auf die einzelnen Pläne einzugehen. Wenn der Wiederaufbau in diesem Jahre beginnen sollte, so hätte man wenigstens eine Anzahl von Vorbereitungen treffen müssen. Das sei jedoch nur in unzureichendem Maße geschehen. Die Hoffnung, Kolberg werde in absehbarer Zeit von einigen Jahren wieder wie früher zu einem bedeutenden See- und Solbad werden, sei irrig. „Wer anderes berichtet, gibt eine lügnerische Darstellung und hilft, das Mißtrauen gegen die staatliche Planung und die Regierung zu vergrößern.“

### Kein Baumaterial

Morawski griff weiter die Zeitung „Dziennik Baltycki“ an, die von der Errichtung zweier Sanatoriengruppen mit insgesamt mehr als 1000 Betten gesprochen habe. Besser und ehrlicher sei es gewesen, darauf

hinzuweisen, „daß die Bauindustrie verzweifelt um die Freigabe von Material kämpft, um wenigstens für zehn Betten ein Haus zu bauen. Seit dem Jahre 1945 ist im Kurviertel nur alle vier Jahre ein Haus wiederaufgebaut worden. Das ist die Wahrheit.“

Wann sollen bei diesem Tempo die Häuser stehen, in denen 1000 Betten zur Verfügung stehen sollen?“ Der Direktor betont, das Kurviertel für das Sol-, Brom- und Jod-Bad bleibe eine Illusion, wenn außer den benötigten Geldern nicht auch endlich die Baustoffe zugewiesen würden. So lange bleibt das Bereitstellen von Millionen-summen eine symbolische Handlung, da die Verantwortlichen genau wüßten, diese Gelder würden nie abgerufen, weil die Bauindustrie keine Materialien zu kaufen bekäme.

„Man streut der Öffentlichkeit Sand in die Augen, wenn man mit Dutzenden von Millionen Zloty jongliert, über die die Kolberger Kommission für Investitionsobjekte verfügen könne. Nichts kann sie, denn die vielen wichtigen Materialzuweisungen bleiben aus. Es ist noch viel schlimmer! Einige Mittel werden tatsächlich abgerufen. Wozu verwendet man sie? Um die vorhandene Kanalisation auszu-

bauen und nach Bromberg zu verkaufen. Um Leitungen zu bauen, durch die das Kolberger mineralhaltige Wasser in die Ostsee fließen kann. Um beschädigte Häuser abzureißen und ihre Ziegel nach Stettin zu verkaufen, anstatt diese Häuser wiederaufzubauen. „Um ein Verwaltungszentrum zu bauen, wobei es noch nichts zu verwalten gibt. So sehen die Wahrheit und die Lügen über Kolberg aus!“

## Jakob Kaiser Ehrenbürger von Homburg (Saar)

Homburg/Saar (Eigenbericht). Dem früheren Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, ist vom Rat der Stadt Homburg/Saar, die zur Zeit den 400. Jahrestag ihrer Gründung feiert, wegen seiner Verdienste um die Angliederung des Saargebietes das Ehrenbürgerrecht verliehen worden. Jakob Kaiser hat daraufhin einen Brief an den Bürgermeister und den Rat der Stadt gerichtet, in dem es unter anderem heißt: „Es soll in der Geschichte nie vergessen werden, daß es die Treue und Beharrlichkeit der Saarbevölkerung selber war, der wir die Wiedervereinigung mit dem deutschen Mutterlande verdanken. Ich sehe in dieser Wiedervereinigung ein gutes Omen für die Wiederherstellung des unteilbaren Gesamtdeutschlands.“

## Vopo verstärkt Grenzkontrollen

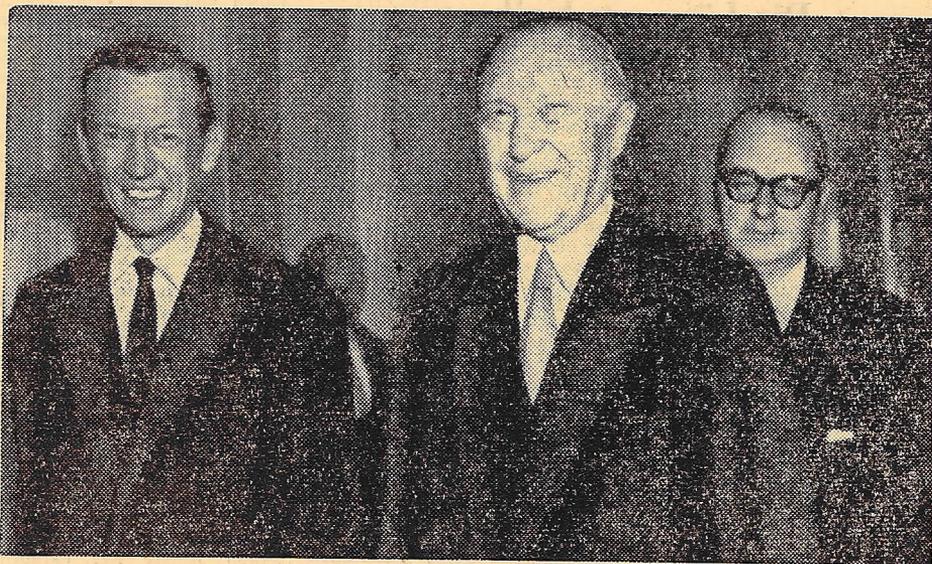
Westdeutsche Lastzüge dürfen nicht mehr in die Zone fahren

Berlin (Eigenmeldung/ap/dpa). Die Sowjetzonen-Volkspolizei hat in den letzten Tagen ihre Kontrollen an den Grenzübergangsstellen Marienborn und Töpen-Juchhe verstärkt. Die Reisenden, die in Autobussen oder Personenwagen von und nach Berlin führen, mußten zum Teil mehrstündige Wartezeiten in Kauf nehmen. Der Lastverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone ist dadurch erschwert worden, daß nach Berichten von Lastkraftfahrern die Zonenbehörden allen westdeutschen Lastzügen den Gütertransport in die Zone verweigert haben. Westberlin ist von dieser Maßnahme nicht betroffen, Güter, die für die

Zone bestimmt sind, müssen an der Grenze auf Fahrzeuge der „VEB Transportgemeinschaft“ umgeladen werden.

## Schweiz will Atomwaffen

Luzern (dpa). Für eine wirkungsvolle Landesverteidigung brauche die Schweiz Raketen und Atomwaffen, erklärte der Schweizer Generalstabschef Anasohn vor der Generalversammlung der Schweizer Offiziersgesellschaft. Nach seiner Ansicht werden sich künftig Konflikte, selbst wenn sie als „altmodische Kriege“ beginnen, früher oder später zu nuklearen Auseinandersetzungen entwickeln.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Couve de Murville bei Adenauer. Der neue französische Außenminister stattete dem Bundeskanzler am Montag einen Besuch ab. Unser Bild zeigt beide zusammen mit Außenminister v. Brentano. — Unten: Mit 3 : 1 Toren schlug Deutschland im ersten Gruppenspiel der Weltmeisterschaft die favorisierten Argentinier. Keine Chance für Argentinien's Torwart: Uwe Seeler hat Deutschland 2 : 1 in Führung geschossen.

